



Christine Landfried

## „Warum klappt es nicht mit einem Europa der Bürger und wie können wir das ändern?“

**Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Europa. Eine Welt von gestern?“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen am 22. Oktober 2018**

Die EU befindet sich an einem Wendepunkt. Im Dezember 2015 titelte das New York Times Magazine: „Hat Europa den Moment des Zusammenbruchs erreicht?“ In der Tat – mit Europa verbinden wir heute tiefgreifende Krisen. Wir assoziieren mit Europa die Bilder von kleinen Booten im Mittelmeer, die überfüllt sind mit erschöpften Menschen. In den ersten 6 Monaten des Jahres 2018 ist die Zahl der Flüchtlinge, die von Libyen nach Italien übersetzten, im Vergleich zu 2017 drastisch gesunken. Gleichwohl sind mehr als tausend Geflüchtete im ersten Halbjahr 2018 bei der Überfahrt ertrunken, „allein im Juni starben 564 Menschen“. <sup>1</sup> Wie kann es sein, dass der Sinn der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung durch NGOs bezweifelt wird, solange das politische Versagen der EU in der Flüchtlingspolitik so offensichtlich ist?

Es wird deutlich: Die Krisen, die Europa seit 2010 erschüttern, lassen sich kaum mit den Krisen vergleichen, die es im Laufe der europäischen Integration immer wieder gab und aus denen die EU meist gestärkt hervorging. Dies kommt auch im Thema dieser Ringvorlesung zum Ausdruck: „Europa. Eine Welt von gestern?“ Wenn wir Europa nicht für eine Welt von gestern halten, dann müssen wir fragen, unter welchen Bedingungen Europa trotz all der Herausforderungen eine Zukunft hat. Da ein demokratisches Europa ohne eine politisch wirksame Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar ist, lässt sich unsere Frage konkretisieren: Unter welchen Bedingungen ist ein Europa der Bürgerinnen und Bürger möglich?

Die Frage erinnert mich an das Theaterstück „Die Schiffbrüchigen der Verrückten Hoffnung“ des Théâtre du Soleil bei Paris. Das Stück ist eine „kollektive Arbeit“ des Theaters, gemeinsam geschrieben von Ariane Mnouch-

kine und Hélène Cixous, inspiriert von einem Roman Jules Vernes. Die Uraufführung fand am 3. Februar 2010 statt.<sup>2</sup> Das Geschehen spielt in einer typischen Pariser Tanzkneipe kurz vor Ausbruch des 1. Weltkrieges. Die Kneipe hat den Namen „Fol Espoir“ – „Zur verrückten Hoffnung.“ Der Wirt, Monsieur Félix Courage, ist von der neuen Technik des Stummfilms begeistert und stellt seinen Dachboden dem Regisseur Jean La Palette und der Regisseurin Gabrielle La Palette zur Verfügung, die den Roman „Die Gestrandeten“ von Jules Verne verfilmen möchten.

In diesem Roman geht es um Schiffbruch in vielerlei Hinsicht. Auswanderer aus Deutschland, Großbritannien und Italien kentern auf der Fahrt nach Australien mit ihrem Schiff bei Kap Horn. Das Schiff der Auswanderer hat den Namen – Sie ahnen es – „Die verrückte Hoffnung“. Die Gestrandeten werden von dem Einheimischen Yuras und dem europäischen „Aussteiger“ Kawdjer gerettet, scheitern aber bei dem Versuch, auf der ihnen von Chile überlassenen Insel Hoste eine Gesellschaft aufzubauen, in der Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Trotz des Scheiterns auf vielen Ebenen endet das Theaterstück mit einem positiven Entwurf für die Zukunft. In der letzten Einstellung des Filmes, den Jean und Gabrielle La Palette auf dem Dachboden der Tanzkneipe drehen, verlassen Yuras und Kawdjer die Insel Hoste, um der Gier der Menschen nach Gold zu entrinnen. Sie stehen am Bug ihres kleinen Bootes und setzen sich das Ziel, einen Leuchtturm zu bauen:

*„En ces jours de ténèbres  
nous avons une mission,  
apporter aux vaisseaux  
qui errent dans le noir,  
la lueur obstinée d'un phare!“<sup>3</sup>*

*„In diesen Tagen der Finsternis  
haben wir einen Auftrag.  
Bringen wir den Schiffen,  
die im Dunkeln irren,  
den beharrlichen Schein eines  
Leuchtturms.“*

Weshalb erinnert mich das heutige Thema an dieses Theaterstück? In diesem Theaterstück wird genau das dargestellt, was die EU braucht, um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger zu werden, und was wir so oft vermissen: Wir erleben Leidenschaft in der Sache – der Wirt Félix Courage, die Regisseure Jean und Gabrielle La Palette und die Schauspieler sind trotz der schlechten Nachrichten des nahenden 1. Weltkrieges nicht unterzukriegen. Sie machen weiter, sie versuchen mit ihrem Stummfilm eine Realität zu schaffen, die sich der widrigen Realität der Welt entgegenstellt, einen Gegenentwurf zeichnet und die Menschenwürde in den Mittelpunkt rückt. Alle, die in der Kneipe arbeiten, wirken im Film mit, es ist eine Gemeinschaftsarbeit, und im Prozess des Arbeitens am Film entsteht Zugehörigkeit. Wir erleben die Freude der Schauspieler am Gestalten, an der Interaktion, an den neuen technischen Möglichkeiten des Filmens. Wir sehen, wie es gelingt, auch mit wenig Finanzen, aber viel Phantasie, ein Ziel zu erreichen. „Wallende Stoffbahnen werden zu tosenden Wellen, der pathologische Blizzard lässt unentwegt papierne Schneekristalle von der Decke rieseln.“<sup>4</sup> Die Grenzen zwischen Theater und Film, zwischen Tanz, Schauspiel und Pantomime verschwimmen. Die Schauspielerinnen und Schauspieler haben mehrere Rollen, mehrere Identitäten. Wir erleben in diesem Theaterstück Optimismus, der nicht naiv ist und einen kreativen Umgang mit der widrigen Realität.

Ganz anders die Situation in Europa: ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger in den noch 28 Mitgliedstaaten fühlt sich der EU nicht zugehörig. Wer denkt bei der EU an Leidenschaft? Verbinden wir mit Europa nicht vielmehr Bürokratie und Experten? Immerhin: In letzter Zeit rührt sich „die europäische Bürgergesellschaft vernehmlicher ..., seit die Wucht und Zerstörungskraft der autoritär-nationalistischen Wel-

len vielen bewusst geworden ist“.<sup>5</sup> Organisationen wie die Jungen Europäischen Föderalisten oder die Bürgerinitiative Pulse of Europe zeigen, dass etwas in Bewegung kommt. Doch ein Europa der Bürgerinnen und Bürger müsste auf einem breiteren Fundament stehen. Bisher klappt es mit einem Europa der Bürgerinnen und Bürger nicht. Warum?

Es ist meine *Hypothese*, dass ein Europa der Bürgerinnen und Bürger bisher nicht entstehen konnte, weil die kulturellen Grundlagen eines demokratischen Europas weitgehend fehlen. Die politischen Eliten haben die Bedeutung dieser Grundlagen unterschätzt. Und die Mechanismen europäischen Regierens wie auch die gesellschaftlichen und ökonomischen Fragmentierungen in und zwischen den Mitgliedstaaten sind den kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie nicht förderlich. Zu diesen kulturellen Voraussetzungen gehören das Vertrauen in die europäische Politik, ein Zugehörigkeitsgefühl zur EU, Empathie, ein kooperatives Verhalten,<sup>6</sup> Toleranz, die Anerkennung von Anderssein und ein kommunikativer Umgang mit diesem Anderssein.<sup>7</sup> Die kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie haben also mit Emotionen zu tun. Sie gedeihen durch die demokratische Teilhabe der Bürger und eine politisch wirksame Öffentlichkeit. Beides ist in der EU nur unzureichend vorhanden.

Der Brexit müsste ein Weckruf sein. Doch weit gefehlt. Die Eliten unterschätzen noch immer die kulturellen Grundlagen der europäischen Demokratie. Nehmen wir z.B. das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ der Europäischen Kommission vom 1. März 2017. Im Zentrum stehen die ökonomischen Vorteile der EU. Es sei das Ziel der europäischen Integration, dass jeder Einzelne von der EU profitiere. Die Notwendigkeit eines Zugehörigkeitsgefühls zu Europa, das über wirtschaftliche Interessen hinausgeht, wird nicht erkannt.

Der Vortrag gliedert sich in drei Teile. Zunächst werde ich einige Indikatoren nennen, die zeigen, dass die kulturellen Grundlagen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger erst in Ansätzen vorhanden sind. In einem zweiten Schritt werde ich analysieren, welche Gründe

es dafür gibt, und welche aktuellen Entwicklungen die kulturellen Grundlagen Europas weiter schwächen. Und in einem dritten Schritt werde ich einen Vorschlag machen, der dazu beitragen könnte, die kulturellen Grundlagen der europäischen Demokratie zu stärken.

## **1. Welche Indikatoren zeigen uns die Schwäche eines Europas der Bürger?**

Nach dem Eurobarometer vom Frühjahr 2018 haben 42 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die EU. Dies ist ein Zugewinn an Vertrauen im Vergleich zu den 33 Prozent im Frühjahr 2016, aber ein Verlust im Vergleich zu den 57 Prozent Vertrauen in die EU im Frühjahr 2007. Am höchsten ist das Vertrauen in die EU in Litauen, gefolgt von Portugal, Dänemark und Luxemburg. Deutschland befindet sich mit 49 Prozent Vertrauen im oberen Mittelfeld und Großbritannien und Griechenland sind, wenig überraschend, die Schlusslichter mit 30 bzw. 27 Prozent Vertrauen. Es bleibt festzuhalten, dass im Durchschnitt nicht einmal die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten Vertrauen in die EU besitzt.<sup>8</sup> Das Misstrauen in die EU erreichte einen letzten Höhepunkt mit dem Brexit-Referendum in Großbritannien. Am 23. Juni 2016 stimmten 51,89 Prozent der Wähler, das sind 37,44 Prozent der Wahlberechtigten, für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU.

Ein wichtiger Indikator für die Stärke oder Schwäche eines demokratischen Europas ist die Antwort der Bürgerinnen und Bürger auf die Frage, ob ihre Stimme in der EU zähle. 45 % bejahen diese Frage, 49 Prozent verneinen sie im Frühjahr 2018. Im Jahre 2004 fanden zum Vergleich nur 39% der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten, dass ihre Stimme in der EU zähle. Wie realistisch die Bürger ihren Einfluss einschätzen, zeigen die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. In Dänemark sind 66 Prozent und in Deutschland 65 Prozent der Meinung, dass ihre Stimme zähle. In Estland sind 20 Prozent und in Griechenland 24 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dieser Meinung.<sup>9</sup> Der Anteil der Bürger, die der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU zähle, ist

seit 2004 zwar um 6 Prozentpunkte gestiegen, bleibt freilich immer noch deutlich unter 50 Prozent und bringt ein schwaches Zugehörigkeitsgefühl zum Ausdruck. Wenn meine Stimme nicht zählt, kann ich kein Zugehörigkeitsgefühl aufbauen.

Die Wahlbeteiligung ist ein weiterer Indikator für die Lebendigkeit einer Demokratie. Die Beteiligung bei den Wahlen zum Europaparlament hat seit der ersten Direktwahl dieses Parlamentes im Jahr 1979 mit einer Wahlbeteiligung von fast 62 (61,99) Prozent kontinuierlich abgenommen. Bei den Wahlen im Jahr 2014 betrug sie noch gut 42 (42,61) Prozent. Man kann dies den Bürgerinnen und Bürgern nicht wirklich verübeln. Denn trotz des Zuwachses an Kompetenzen für das Europaparlament ist mit der Wahl zu diesem Parlament keine Wahl oder Abwahl einer Regierung verbunden. Hinzu kommt, dass viele Politikfelder, die in den nationalen Demokratien durch Gesetze und damit vom Gesetzgeber politisch gestaltet werden, in der EU in den Verträgen geregelt und damit der politischen Auseinandersetzung gerade entzogen sind. Der Verfassungsrechtler und ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm hat auf diese Entpolitisierung hingewiesen, die dadurch entstehe, dass konkrete Details einzelner Politiken in den europäischen Verträgen stehen, und diese Verträge wie eine Verfassung behandelt werden. Was aber erst einmal in der Verfassung steht, ist Prämisse und nicht mehr Thema der Politik.<sup>10</sup>

Schließlich zeigen die Erfolge der Populisten mit ihren fremdenfeindlichen Programmen, dass Toleranz und Anerkennung von Anderssein in Zeiten steigender Migration nicht mehr selbstverständlich sind. Im Frühjahr 2018 gehörte für die Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Portugals die Migration zu den beiden dringendsten Sorgen.<sup>11</sup> Die mit wachsender Migration verknüpfte Sichtbarkeit des Islam hat in Europa zu heftigen Konflikten geführt, etwa über den Bau einer Moschee oder die Verschleierung der Frauen. Es gebe zwar Schnittstellen im Alltag zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, so die Soziologin Nilüfer Göle, aber „es kommt nicht wirklich zu einer Verbindung zwischen

den Bürgern mit ihren unterschiedlichen Überzeugungen, geschweige denn zu einer gegenseitigen Anerkennung“.<sup>12</sup>

## **2. Warum klappt es nicht mit einem Europa der Bürgerinnen und Bürger?**

Das geringe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU, das schwach ausgebildete Zugehörigkeitsgefühl zu dieser supranationalen Organisation, die geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Europaparlament und die wachsenden Erfolge populistischer Parteien sind nur einige der Indikatoren, die zum Ausdruck bringen, dass es mit einem Europa der Bürgerinnen und Bürger nicht so recht klappt. Nach meiner Hypothese lässt sich ein Europa der Bürger nur dann verwirklichen, wenn wir die kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie ernst nehmen und stärken. Im Folgenden möchte ich begründen, weshalb die spezifischen Mechanismen des europäischen Regierens das Entstehen der kulturellen Grundlagen eines Europas der Bürger gerade nicht fördern, und die zunehmenden ökonomischen und medialen Fragmentierungen die ohnehin schwachen kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie zusätzlich gefährden.

Das Regieren in der EU ist durch die Kluft zwischen geringer demokratischer Beteiligung und umfassenden politischen Kompetenzen auf der europäischen Ebene charakterisiert. In der EU sind es in erster Linie die Experten der Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten, die verhandeln und Entscheidungen treffen. Die Parlamente werden oft erst in die Debatte eingeschaltet, wenn die Entscheidungen schon gefallen sind. Insbesondere Krisensituationen sind die Stunde der Exekutive. Das politische Handeln zur Bekämpfung der Eurokrise war in besonders hohem Maße für die Bürger intransparent. Wenn aber Entscheidungen ohne öffentliche und parlamentarische Debatten stattfinden, wenden sich die Bürgerinnen und Bürger ab. Am Beispiel des Euro-Rettungsschirmes lässt sich der Machtverlust der Parlamente und seine Folgen für das Europa der Bürgerinnen und Bürger veranschaulichen.

Im Verlauf des Krisenmanagements wurden wichtige Kompetenzen der nationalen Parlamente auf die europäische Kommission übertragen. So konnte die Kommission als europäische „Regierung“ in kleinen Schritten und ohne viel öffentliche Aufmerksamkeit immer größeren Einfluss auf die Haushaltspolitik der nationalen Parlamente gewinnen. In den Medien wurde zwar ausgiebig über die schlechte ökonomische Lage Griechenlands berichtet. Zu den weitreichenden Änderungen des Regierens in der Eurozone gab es jedoch keine öffentliche Debatte. Die politischen Eliten haben es versäumt, eine öffentliche Debatte über die Krisenpolitik und die zunehmende Macht der Exekutiven anzustoßen.

So war mit dem Fiskalpakt über die „Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“<sup>13</sup> mehr Macht für die europäische Kommission zu Lasten der nationalen Parlamente verbunden. In diesem Pakt einigte man sich auf neue Regeln zur Förderung eines ausgeglichenen Haushaltes in den Mitgliedstaaten der Eurozone. Die neuen Regeln verknüpften national verankerte Vorkehrungen zur Sicherung eines ausgeglichenen Haushaltes mit einer europäischen Überwachung. Die Kommission schlägt den zeitlichen Rahmen für das Erreichen eines ausgeglichenen Staatshaushaltes vor. Sie entwickelt auch die Grundsätze der nationalen Korrekturmechanismen, die für den Fall einzurichten sind, dass es „erhebliche Abweichungen“ vom Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes gibt (Artikel 3 des Fiskalpaktes). Es überrascht daher, dass im Fiskalpakt zu lesen ist, das Haushaltsrecht der Parlamente werde nicht eingeschränkt (Artikel 3 Abs. 2). Diese Beteuerung ist ein Selbstbetrug der politischen Eliten und ändert nichts am realen Machtverlust der Parlamente. Im Moment beobachten wir die Auswirkungen der Macht der Kommission in Haushaltsfragen am Beispiel Italiens. Die Europäische Kommission hat am 18. Oktober 2018 den Etatplan Italiens wegen zu hoher Neuverschuldung zurückgewiesen.

In der Eurokrise spielte neben den nationalen und europäischen Exekutiven der Internationale Währungsfonds (IWF) eine wichtige Rolle.

Georgette Lalis, Leiterin des Athener Büros der Task Force der Kommission für Griechenland im Zeitraum von 2011 bis 2105, spricht von einem extremen Vertrauen der Politik in die Technokratie. Für öffentliche Debatten habe man keine Zeit gehabt. Langwierige Diskussionen seien den politischen Eliten ein Gräuel. Der IWF habe etwa 10 Prozent der finanziellen Hilfen für Griechenland übernommen, aber in einem weit höheren Maße die Entscheidungen zu den Strukturreformen geprägt.<sup>14</sup> Diese Strukturreformen als Bedingungen der Finanzhilfen beinhalteten eine strikte Austeritätspolitik und weitreichende Privatisierungen. Der IWF, gestützt vom blinden Vertrauen der EU Mitgliedstaaten,<sup>15</sup> konnte seine wirtschaftspolitischen Präferenzen bei den Auflagen für die Griechenlandhilfe weitgehend durchsetzen. Damit beeinflusste eine internationale Organisation die europäische Krisenpolitik und definierte die Inhalte dieser Politik. Auf diese Weise kommt es zu Interpretationsmonopolen, die mit dem Anspruch einer kritischen Öffentlichkeit, die „Deutungsmöglichkeiten offenzuhalten“,<sup>16</sup> nicht vereinbar sind.

Wo bleiben bei all dem die Bürgerinnen und Bürger? Sie können ein nationales Parlament wählen, das auf die Entscheidungen zur Bekämpfung der Eurokrise wenig Einfluss hatte und sie haben eine Stimme bei der Wahl zum Europaparlament, das ebenfalls nicht zu den maßgeblichen Akteuren des Krisenmanagements gehörte. Die europäische Politik stützt sich auf Exekutiven und Experten und bleibt für einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger intransparent. So notwendig Experten und ihr Wissen für politisches Handeln sind, und so sehr die populistische Expertenverachtung zu bekämpfen ist, so gilt auch, dass eine Demokratie auf den kontinuierlichen Austausch zwischen politischen Eliten und Bürgern in der Öffentlichkeit auch zwischen den Wahlen angewiesen ist. Dieser Dialog über die gesellschaftlichen Gräben und nationalen Grenzen hinweg findet in einer zunehmend fragmentierten und kommerzialisierten Öffentlichkeit kaum noch statt.<sup>17</sup>

In einer Öffentlichkeit, in der die Massenmedien oft der politischen Macht zu nahe stehen,<sup>18</sup>

und die sozialen Medien ein Forum für Gleichgesinnte sind,<sup>19</sup> verengt sich der Raum für die Vielfalt der Perspektiven. Doch gerade in einer Zeit, in der die EU mit schwerwiegenden Krisen konfrontiert ist, die westlichen Gesellschaften sich durch die Migration dauerhaft verändern, und die internationale Ordnung durch die Abschottung der USA in Gefahr ist, sollte die europäische Öffentlichkeit ein Ort sein, an dem eine möglichst große Vielfalt von Meinungen zur Geltung kommt. Die Bürger müssen ihre Stimmen geltend machen und alle Beteiligten sich in wechselseitigem Einfühlungsvermögen begegnen können. Auch die Öffentlichkeit hat also eine emotionale Dimension, die es neben der von Jürgen Habermas zu Recht betonten rationalisierenden Wirkung öffentlicher Debatten zu berücksichtigen gilt. In der europäischen Öffentlichkeit, die sich aus nationalen und europäischen Teil-Öffentlichkeiten zusammensetzt, muss Raum sein für Konflikte, Meinungsverschiedenheiten, und auch für Emotionen. „Die öffentliche Sphäre braucht die Polyphonie und den Dialog – ja sogar den Karneval –, um der Vielfalt der konkurrierenden ‚Ist-Zustände‘ Rechnung zu tragen und die Komplexität der modernen Erfahrung begreifen zu können.“<sup>20</sup> Doch wie können sich Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Debatten beteiligen, wenn die politischen Prozesse in der EU intransparent sind und die Entscheidungen ohne angemessene öffentliche Debatten und an den gewählten Parlamenten vorbei getroffen werden? Die Kluft zwischen geringen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger in der EU und weitreichenden europäischen Kompetenzen verhindert die Entwicklung der kulturellen Grundlagen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Eine weitere Kluft gefährdet die kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie: Die Kluft zwischen Arm und Reich. Die wachsende Ungleichheit in und zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist eine Folge der strukturellen Herausforderungen der Globalisierung, aber auch eine Folge politischer Entscheidungen. Die Nationalstaaten wie auch die EU mussten auf den rasanten sozio-ökonomischen Wandel seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts reagieren und sahen sich gleich-

zeitig in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.<sup>21</sup> Wie zahlreiche Nationalstaaten, so hat auch die EU den Weg der Anpassung an den Markt gewählt. In der EU besaß insbesondere der EuGH wegen des Vorranges des europäischen Rechtes die Interpretationshoheit über den Binnenmarkt. „Wie sich herausstellte, verfolgte der EuGH das Ziel der Marktintegration mit beträchtlichem Eifer, während andere Belange diesem Ziel untergeordnet wurden ... Die Nutznießer der Rechtsprechung waren die vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten (freier Verkehr von Gütern, Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapitalien) ...“<sup>22</sup> Zahlreiche nationale Schutzmechanismen wurden abgeschafft, ohne dass es zu neuen europäischen Regulierungen etwa im Bereich der Gesundheit oder der Umwelt kam.

Besonders folgenreich war die Liberalisierung der Kapitalmärkte und damit „die Öffnung der Märkte für den freien Zustrom von kurzfristigem Spekulationskapital“.<sup>23</sup> Mit den Entscheidungen für ein wirtschaftspolitisches Konzept der Deregulierung und Liberalisierung wurde den negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung gerade nicht gegengesteuert. Auch internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank haben sich diesem Konzept verschrieben und „den Aspekten Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wettbewerb, der Geschwindigkeit und Reihenfolge von Reformen oder auch der Frage, wie Privatisierungen umgesetzt werden sollten, zu wenig Beachtung geschenkt“.<sup>24</sup>

Die Folgen der Globalisierung erhielten dadurch eine bestimmte Richtung.<sup>25</sup> Sie sind mit einer ungleichen Verteilung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften verbunden. Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty zeigt in seiner Studie zum Kapital im 21. Jahrhundert, dass die Einkommen aus Kapital prozentual stärker wachsen als das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Dieser Mechanismus sei nun im Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung der Vermögen zu sehen. So besitzen die reichsten 0,1 Prozent der Erde einen Anteil von 20 Prozent am Gesamtvermögen.<sup>26</sup> Thomas Piketty fordert uns auf, darüber nachzu-

denken, was es bedeutet, dass die Kapitalrendite schneller wächst als die Gesamtwirtschaft, und diese „Ungleichheit der Kapitalrendite in Abhängigkeit von der Größe des Ausgangsvermögens verstärkt wird“.<sup>27</sup> Dies führe zu einer „globalen Dynamik der Vermögensakkumulation und -verteilung ...“, die explosive Folgen zeitigen und eine völlig außer Kontrolle geratene Spirale der Ungleichheit in Gang setzen“ könne.<sup>28</sup>

Die Daten belegen, dass die Vermögen schneller wachsen als die Einkommen und insbesondere die Ungleichheit der Vermögen zunimmt. In Deutschland sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Zeitraum von 1991 bis 2016 stärker gestiegen als die Arbeitnehmerereinkommen.<sup>29</sup> Bei krassen ökonomischen Ungleichheiten wird der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft brüchig. Wenn sozio-ökonomisch benachteiligte Schichten der Bevölkerung den Eindruck haben, dass die Politik ohnehin nicht für sie da ist, dann werden sie das Vertrauen in demokratische Institutionen auf den nationalen und europäischen Ebenen verlieren.

### **3. Wie ließe sich ein Europa der Bürgerinnen und Bürger aufbauen?**

Nachdem ich versucht habe, eine Diagnose zur Lage des Europas der Bürgerinnen und Bürger zu stellen, möchte ich nun einen Vorschlag machen, wie sich die Lage bessern könnte.

Ich möchte einen Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aufnehmen. Die EU brauche eine Neugründung durch die Änderung der Verträge und diese Neugründung müsse durch die Bürgerinnen und Bürger in demokratischen Konventen mitgestaltet werden. Statt am Ende des Prozesses die Bürger vor die Wahl „Ja“ oder „Nein“ zu stellen, gehe es darum, die Bürger in die Debatten zu den Zielen und Prioritäten des Europas von morgen einzubeziehen.

Mir ist klar, dass nach dem Scheitern der europäischen Verfassung an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 Vertragsänderungen als riskant gelten. Nicht alle Mitgliedstaaten würden bei einem solchen

Projekt mitmachen. Aber warum können wir nicht aus Fehlern lernen und es diesmal besser machen? In seiner 1½-stündigen leidenschaftlichen Rede in der Sorbonne am 26. September 2017 plädierte Emmanuel Macron für eine Vertragsänderung zur Neubegründung des europäischen Projektes. In dieses Projekt sollten die Bürgerinnen und Bürger einbezogen sein: „... haben wir keine Angst mehr vor der europäischen Bevölkerung. Methodisch können wir unser Europa nicht mehr ohne sie gestalten. Aber wir dürfen nicht in die Falle der Populisten oder Extremisten tappen, die darin besteht, zu fragen: ‚Stellen wir die Frage direkt und einfach: ja oder nein?‘ Die Antwort ist bekannt. Es ist immer ‚nein‘, was auch immer die Frage ist. Wir müssen das europäische Projekt neu begründen durch und mit den Völkern, mit einem politischen Anspruch, der viel stärker ist als eine einfache Entscheidungsfrage.“<sup>30</sup> Es solle eine „offene, freie, transparente und europäische Debatte“<sup>31</sup> im Rahmen demokratischer Konvente organisiert werden, um die EU neu zu schaffen.

Zunächst würden die Mitgliedstaaten, die sich an der Neugründung beteiligen, einen Fahrplan definieren und einen für alle demokratischen Konvente einheitlichen Fragenkatalog entwerfen. Die Fragen könnten zum Beispiel von den Europa-Ausschüssen der nationalen Parlamente und dem Innenausschuss des Europaparlamentes vorbereitet werden. Die Konvente könnten nach dem Modell der Zukunftsräte gestaltet werden, die die Politikwissenschaftlerin Patrizia Nanz und der Soziologe Claus Leggewie vorgeschlagen haben. In den Mitgliedstaaten, die sich an einer Neugründung der EU beteiligen, würden durch „qualifizierte Zufallsauswahl“<sup>32</sup> zunächst demokratische Konvente auf den lokalen und regionalen Ebenen in der Größe von 20–25 Personen eingerichtet werden. Diese Konvente würden sich alle mit denselben Fragen zu den Zielen der EU und zu den Institutionen und Verfahren europäischen Regierens befassen. Es ginge darum, einen gemeinsamen Rahmen für politisches Handeln in der EU zu schaffen. Es wäre zu diskutieren, ob Europa in Richtung einer föderalen Union mit parlamentarischer

Grundordnung entwickelt werden soll oder nicht. Auf die Tagesordnung gehörte zum Beispiel auch die Frage, auf welche Weise sich die europäischen Werte der Menschenwürde, der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität besser verwirklichen ließen. Die demokratischen Konvente sollten die Möglichkeit haben, den vorgelegten Fragenkatalog zu ergänzen. Ein Konventsbüro in Brüssel könnte Materialien besorgen und Kontakte zu Experten herstellen.

Die lokalen und regionalen Bürgerkonvente könnten sich untereinander austauschen und europäisch vernetzen. Sodann müssten diese Konvente ihre Empfehlungen an einen nationalen Konvent weiterleiten. Die 27 nationalen Konvente wiederum würden über die Empfehlungen diskutieren und aus ihrem Kreis jeweils zwei Mitglieder in den europäischen Konvent entsenden. Über die Zusammensetzung dieses europäischen Konventes wäre noch nachzudenken. Neu wäre in jedem Fall, dass die lokalen und regionalen Konvente in die Meinungsbildung zu Vertragsänderungen einbezogen wären und insgesamt 54 Mitglieder der nationalen Konvente im europäischen Konvent mitarbeiteten.

So könnte eine europaweite Debatte zur Zukunft der EU in Gang kommen und die EU mit den Bürgerinnen und Bürgern neu gegründet werden.<sup>33</sup> Ein Vorschlag der verrückten Hoffnung? Es wäre einen Versuch wert.

#### *Anmerkungen:*

<sup>1</sup> Caterina Lobenstein, Mariam Lau, Seenotrettung. Oder soll man es lassen? In: Die Zeit vom 12. 7. 2018. Vgl. die Selbstkritik der Chefredaktion in: „Die Zeit“ vom 18. 7. 2018.

<sup>2</sup> Théâtre du Soleil, Programm zu „Les Naufragés du Fol Espoir“ (Aurores), 2010.

<sup>3</sup> <https://www.theatre-du-soleil.fr/fr/> Zu dem Theaterstück gibt es seit 2013 auch einen Film: Ariane Mnouchkine & Théâtre du Soleil, Les Naufragés Du Fol Espoir.

<sup>4</sup> Julia Amalia Heyer, Die Sonnentheaterkönigin, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. 2. 2010, S. 15.

<sup>5</sup> Claus Leggewie, Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung, Berlin: Ullstein 2017, S. 130.

<sup>6</sup> Patrizia Nanz, Claus Leggewie, Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin: Wagenbach 2018, S. 47 ff. (Homo cooperativus).

<sup>7</sup> Christine Landfried, The Concept of Difference, in: Kolja Raube, Annika Sattler (Hrsg.), Difference and Democracy. Exploring Potentials in Europe and Beyond, Frankfurt, New York: Campus 2011, S. 15–45.

<sup>8</sup> Eurobarometer Nr. 89, Frühjahr 2018, S. 13–14.

<sup>9</sup> Ebd., S. 20.

<sup>10</sup> Dieter Grimm, Europa ja – aber welches? München: Beck 2016, S. 105.

<sup>11</sup> Eurobarometer Nr. 89, Frühjahr 2018, S. 6.

<sup>12</sup> Nilüfer Göle, Europäischer Islam. Muslime im Alltag, Berlin: Wagenbach 2016, S. 12.

<sup>13</sup> Bundestags-Drucksache 17/9046 vom 20. 3. 2012.

<sup>14</sup> Georgette Lalis, Vortrag am Jean Monnet Center der New York University School of Law am 14. 4. 2016.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Rainer M. Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16(1964), S. 91.

<sup>17</sup> Irene Neverla, „Lügenpresse“ – Begriff ohne jede Vernunft? Eine alte Kampfvokabel in der digitalen Medienlandschaft, in: Volker Lilienthal, Irene Neverla (Hrsg.), „Lügenpresse.“ Anatomie eines politischen Kampfbegriffs, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2017, S. 25.

<sup>18</sup> Jakob Augstein, Haben wir Grund, uns zu schämen? Von der notwendigen Selbstkritik der Journalisten, in: Volker Lilienthal, Irene Neverla (Hrsg.), „Lügenpresse“, a.a.O., S. 55 ff.

<sup>19</sup> Otfried Jarren, Kommunikationsrat für Facebook, Google & Co? Die Macht der Intermediäre als wissenschaftliche wie gesellschaftliche Herausforderung. Vortrag des Preisträgers des Schader-Preises 2018, Darmstadt, 4. 5. 2018.

<sup>20</sup> Nilüfer Göle, Europäischer Islam, a.a.O., S. 259.

<sup>21</sup> Joseph Stiglitz, Die Chancen der Globalisierung, München: Siedler 2006, S. 41.

<sup>22</sup> Dieter Grimm, Europa ja – aber welches? a.a.O., S. 109.

<sup>23</sup> Joseph Stiglitz, Die Chancen der Globalisierung, a.a.O., S. 37.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Yascha Mounk, The People vs. Democracy. Why our Freedom is in Danger & How to Save it, Cambridge, London: Harvard University Press 2018, S. 220, betont zu Recht, dass die nationale Politik zwar nicht den Prozess der Globalisierung steuern, wohl aber die Folgen für die Bürger beeinflussen könne. Insofern könne man angesichts der zerstörerischen Folgen der Globalisierung von einem politischen Versagen sprechen. Diese Aussage ist nach meiner Meinung auch für die EU zutreffend.

<sup>26</sup> Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München: Beck 2014, 583–584.

<sup>27</sup> Ebd., 586.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 2016, S. 13.

<sup>30</sup> Emmanuel Macron, Rede an der Sorbonne, Initiative für Europa, Paris 26. 9. 2017, S. 17.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Patrizia Nanz, Claus Leggewie, Die Konsultative, a.a.O., S. 71.

<sup>33</sup> Alain Supiot, Ulrich Mückenberger, Andrea Allamprese et al., Die EU muss neu gegründet werden. Ein französisch-deutsches Manifest, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 9. 2018, S. 16.

*Kontakt:*

christine.landfried@uni-hamburg.de